

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 6. Ratssitzung vom 20. Juni 2018

153. 2017/303

Postulat von Martin Götzl (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 06.09.2017: Angabe der Nationalität von Straftäterinnen und Straftätern in den Polizeimeldungen und in der öffentlichen Kommunikation der Stadtpolizei

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Martin Götzl (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3234/2017): In der Stadt Zürich werden jeden Tag durchschnittlich 134 Straftaten zur Anzeige gebracht. Seit einem frivolen 72:46-Entscheid des Gemeinderats und der Umsetzung durch den damaligen Sicherheitsvorsteher werden die Straftaten nicht mehr von kriminellen Ausländerinnen und Ausländern verübt. Bei 34 Prozent der Stadtzürcher Wohnbevölkerung werden somit vorsätzlich wesentliche Fakten vertuscht; es wird versucht, die öffentliche Wahrnehmung zu manipulieren. Diesen Fehlentscheid gilt es zu korrigieren. Im Jahr 2017 sind 137 803 Personen in die Schweiz eingewandert, 44 173 Personen wurden eingebürgert, und die Stadt Zürich wurde von 49 143 Straftaten heimgesucht. Nach Statistik wurden 52,2 Prozent dieser Straftaten nicht von Schweizerinnen und Schweizern verübt. Zur Veranschaulichung dieser abstrusen Umsetzung dient eine Polizeimeldung vom 28. Januar 2018 mit dem Titel «Sechs Festnahmen nach mehreren Raubdelikten in Zürich». Darin wird festgehalten, dass im Kreis 9 mehrere Täter zwei Kindern im Alter von 12 und 13 Jahren Bargeld entwendeten. Zudem raubten später an der Platzpromenade im Kreis 1 mehrere Männer einem 19-Jährigen Bargeld und seine elektronischen Geräte. Ebenso raubten mehrere Männer im Kreis 11 einem 21-Jährigen einen portablen Lautsprecher, dabei schlugen die Täter auf das Opfer ein. Die SVP hat sich nach den fehlenden Fakten erkundigt. Diese lassen aufhorchen: Bei den Tätern der zwei ersten Raubtaten handelte es sich um einen Mann aus dem Irak mit Aufenthaltsstatus F – d. h. weggewiesen oder vorläufig aufgenommen –, zwei Männer aus Syrien mit Aufenthaltsstatus N sowie Kosovaren mit Aufenthaltsstatus B. Bei der dritten Raubtat waren die mutmasslichen Täter ein Mann aus Libyen mit Aufenthaltsstatus F und ein Mann unbekannter Herkunft mit Status N. Beim städtischen Polizeikorps verursacht die Umsetzung dieser Ideologie Stress, wie mehrere Schlagzeilen aufgezeigt haben. Seit die Herkunft der Täter nicht mehr automatisch veröffentlicht wird, fragen Interessierte nämlich danach, was für die Polizei einen grossen Mehraufwand bedeutet. Die Bevölkerung hat Anrecht auf die Wahrheit, andernfalls wird ihr Vertrauen in den Staat, in die Behörden sinken. Die Zensur durch die Stadtzürcher Behörden wird folglich Misstrauen auslösen, was der Sache nicht dient. Das Postulat wurde eingereicht, bevor sich die SVP für eine kantonale Volksinitiative entschieden hat. Zusätzlich fordern wir in unserem Postulat, dass in Zukunft noch zehn Jahre nach einer allfälligen Einbürgerung das Herkunftsland der Straftäterinnen und Straftätern genannt wird.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin der Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart Sutter: *Auslöser für das Postulat war das Informationsschreiben der Stadtpräsidentin, mit dem 40 000 Ausländerinnen und Ausländer, die in der Stadt Zürich wohnen, auf die Verschärfung der Einbürgerungskriterien hingewiesen wurden. Das Postulat fordert die Nennung der Nationalität daher auch bei eingebürgerten Personen, die den Schweizer Pass seit weniger als zehn Jahren haben. Diese Forderung steht dem Postulat, das damals mit deutlicher Mehrheit dem Stadtrat überwiesen wurde, diametral entgegen. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass die Nennung der Nationalität abgeschafft werden soll. Im November 2017 wurde das Anliegen umgesetzt, seither werden die Nationalitäten nur noch auf Anfrage bekannt gegeben – der Begriff «Zensur» ist also falsch. Das machen übrigens auch das Fedpol und der Kanton Waadt so. In anderen Kantonen und Städten wurden in der Zwischenzeit ebenfalls Vorstösse mit der gleichen Forderung eingereicht. Die kantonale SVP hat eine Initiative lanciert, sodass sich die Bevölkerung in einer Volksabstimmung zu diesem Anliegen äussern kann. Bis dahin werden wir an unserer Praxis festhalten.*

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Egli (FDP): *Wir sind der Meinung, in Polizeimeldungen sollte die Nationalität genannt werden. Allerdings sind wir nicht bereit, für Personen mit Schweizer Pass eine Zweiklassengesellschaft einzuführen, indem Schweizerinnen und Schweizer mit Migrationshintergrund anders behandelt werden. Die Nennung der Nationalität ist lediglich ein demokratisches Erfordernis für die Meinungsbildung, wenn es z. B. um die Visa-Freiheit für eine bestimmte Nationalität, also um Staatsverträge geht.*

Marcel Tobler (SP): *Am 19. August 2015 wurden im Rahmen der Behandlung des Vorstosses 2015/137 alle Argumente ausgetauscht und der Gemeinderat hat entschieden, in den Polizeimeldungen wieder von der Nationalitätennennung abzusehen. Daran soll festgehalten werden. Wir haben vollstes Vertrauen in die Strafverfolgung, dass sie die Delikte unabhängig von der Herkunft und Nationalität der Täter verfolgt. Die Nationalität ist ein willkürliches, zufälliges Merkmal, das nichts über die Gründe der Kriminalität aussagt und auch nichts zur Transparenz beiträgt, es sei denn, es stehe in direktem Zusammenhang mit der Tat. Wenn man Interesse hat, kann man nachfragen und erhält die gewünschte Information. Wenn die Nationalitäten immer genannt würden, würde das von der Tatsache ablenken, dass wir als Gesellschaft für unsere Mitmenschen verantwortlich sind; dass sie nicht straffällig werden – das gilt unabhängig von der Herkunft der Mitmenschen. Es würde auch den Blick für die Ursachen verschliessen, denn zu schnell wird aus einer allfälligen Korrelation eine Kausalität gemacht. Es ist klar, dass die SP-Fraktion es ablehnt, dass für Eingebürgerte eine Sonderbehandlung gelten soll. Das sollte auch für die rechte Ratsseite klar sein, für die die Einbürgerung ja sozusagen das Ende der Fahnenstange bedeutet. Das grundsätzliche Problem der Sichtweise der SVP-Fraktion ist, dass sie immer in eigen und fremd unterscheidet. Wir haben gelernt, in der Stadt Zürich ohne Grenzen, ohne Stadtmauern zu leben, und damit fahren wir gut – die offenen Grenzen sind Grundlage für unseren Erfolg. Wer sich an die Gesetze und Normen hält, ist willkommen und die Gesellschaft garantiert, dass vor dem Gesetz alle*

gleich sind.

Isabel Garcia (GLP): Vor drei Jahren gehörte ein früherer Fraktionskollege zu den Erstunterzeichnern des Postulats, das zur Abschaffung der Nationalitätennennung in Polizeimeldungen geführt hat. Das Postulat wurde dem Stadtrat mit klarer Mehrheit überwiesen, und der Stadtrat hat es sauber umgesetzt. Die GLP-Fraktion bleibt bei ihrer Meinung und lehnt das vorliegende Postulat ab. Wer Transparenz will, kann die Nationalität bei der Polizei erfragen. Die zwei ausschlaggebendsten Kriterien dafür, ob eine Person gefährdet ist, ein Delikt zu begehen, sind das Geschlecht und das Alter. Die Nationalität gehört hingegen nicht zu den wichtigsten Themen, mit denen wir uns beschäftigen sollten.

Luca Maggi (Grüne): Seit dem 7. November 2017 wird richtigerweise auf die automatische Nationalitätennennung in Polizeimeldungen verzichtet. An dieser Stelle könnte man eigentlich einfach die Medienmitteilung von damals vorlesen, denn sie bringt die Richtigkeit dieses Entscheids auf den Punkt. Beim vorliegenden Postulat geht es um plumpe SVP-Politik. Wer mit Statistiken argumentiert und die Nationalität als Ursache dafür sieht, dass Ausländerinnen und Ausländer häufiger kriminell werden, sollte dringend in den Statistikunterricht gehen. Eine Scheinkorrelation ist ein statistischer Zusammenhang zwischen zwei Grössen, wobei aber kein Kausalzusammenhang, also kein Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung, besteht. Das bekannteste Beispiel dafür ist jenes der Geburtenzahl und der Anzahl Störche in den Gemeinden; man könnte daraus schliessen, dass die Störche die Kinder bringen, das wäre aber dümmlich. Genau so verhält es sich auch mit dem Zusammenhang zwischen Nationalität und Kriminalität. Es gibt zwar einen Zusammenhang, aber die Ursachen für Kriminalität sind andere: Armut – z. B. wegen gestrichener Sozialhilfe –, tiefes Bildungsniveau, Stigmatisierung in der Schweiz, Mutproben, mangelnde soziale Kontrolle, Kriegstraumata, Drogenkonsum oder auch das Arbeitsverbot, das gewissen Migrantinnen und Migranten auferlegt wird. Die Nationalität spielt für die Kriminalität nur dann eine zentrale Rolle, wenn eine Straftat nationalistisch motiviert ist. Die Aufgabe der Polizei ist es, sachlich zu informieren, darum ist der Verzicht auf die Nationalitätennennung richtig, und eine Verschärfung, wie sie das Postulat will, braucht es erst recht nicht. Wer behauptet, die Nationalität sei prägend und ursächlich für eine kriminelle Handlung, entlarvt sich als rassistisch.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Scheinkorrelationen gibt es nicht, es gibt höchstens Scheinkausalitäten; wenn man in eine Korrelation eine Kausalität hineininterpretiert. Die linke Seite versucht uns Werturteile anzudichten, die wir gar nicht gefällt haben; man kann die Sache völlig werturteilsfrei sehen. Es ist nur eine Frage der Transparenz und der Gerechtigkeit, aber ausgerechnet hier will die linke Seite keine Transparenz. Wenn die Polizei ständig Auskunft über die Nationalitäten geben muss, wird sie von dem abgehalten, was wirklich wichtig ist, nämlich von der Verbrechensbekämpfung.

Samuel Balsiger (SVP): Die Vertreter der linken Seite behaupten, die Herkunft spiele keine Rolle, aber warum sprechen sie dann genau so, wie man es von SP-Leuten erwartet? Grund dafür ist ihre parteipolitische Prägung und das damit verbundene Menschenbild – also eben doch die Herkunft. Wenn jemand in einem Land sozialisiert wurde, wo

der Rechtsstaat keine Bedeutung hat, oder wo das ungeschriebene Gesetz der Blutrache gilt, ist er oder sie aufgrund der Herkunft eben anders geprägt, als wir es in der Schweiz sind. Ich käme z. B. nie auf die Idee, meinem Unmut über gewisse Beschlüsse, die der Gemeinderat fällt, mit Fäusten Ausdruck zu verleihen, aber für Menschen anderer Herkunft ist Gewalt durchaus ein Mittel, weil sie es so mitbekommen haben. Das heisst aber nicht, dass, wer z. B. aus Albanien stammt, unbedingt ein Schläger ist – das sagt niemand.

Marianne Aubert (SP): *Der Stadtrat hat ein Postulat umgesetzt; das vorliegende Postulat ist eine Trotzreaktion. Was mich weiter stört, ist, dass mit dem Postulat Schweizerinnen und Schweizer zweiter Klasse geschaffen werden sollen – das ist widerlich. Polizistinnen und Polizisten kennen die Merkmale der Täter oft sehr genau, so z. B. die Körpergrösse, die Hautfarbe, die Augenfarbe, die Kleidung usw. Das Postulat hat nichts mit der Ermittlungsarbeit der Polizei zu tun, sondern nur mit der öffentlichen Kommunikation.*

Stephan Iten (SVP): *Auslöser für das Postulat war effektiv das Schreiben von STP Corine Mauch. Durch die Masseneinbürgerung hoffte die Stadtpräsidentin erstens, mehr Wähler zu gewinnen und zweitens, die Statistik zu verfälschen. Wer eingebürgert ist, ist zwar Schweizer, aber eben Schweizer mit Migrationshintergrund. Deshalb fordern wir die Nennung der Herkunft auch noch bis zehn Jahre nach der Einbürgerung. Das Postulat hat nichts mit der Volksinitiative zu tun.*

Muammer Kurtulmus (Grüne): *Wenn man gewisse Voten hört, könnte man meinen, in Zürich könne man sich in der Nacht nicht sicher bewegen. Dabei ist Zürich eine der sichersten Städte der Welt und die Kriminalität nimmt noch weiter ab. Die einzige Motivation für das Postulat ist die ablehnende Haltung der SVP gegenüber Ausländern, die ich nicht nachvollziehen kann. Ich bin einer von vielen Ausländern, die in der Stadt Zürich leben und bei solchen Fragen mitreden zu können, war für mich ein Beweggrund, in die Politik zu gehen. Die einzige Botschaft, die die SVP aussendet, ist, dass Menschen wie ich hier nicht erwünscht sind. Ihre Intention ist es, Angst zu schüren in der Hoffnung, dadurch die eigene Wählerschaft zu vergrössern.*

Alan David Sangines (SP): *Es gibt viele Korrelationen, die falsche Schlüsse zulassen. In den USA wurde das eingehend untersucht und dabei kam z. B. heraus, dass in Maine die Scheidungsrate und der Pro-Kopf-Konsum von Margarine eine Korrelation von 99 Prozent haben. In der dümmlichen Logik der SVP müssten die Leute also weniger Margarine essen, um weniger geschieden zu werden und ich bin überzeugt, dass sich in Maine zu diesem Thema auch eine Volksinitiative lancieren liesse. Man muss sich vorliegend fragen, was wirklich zu Kriminalität führt und kommt zum Schluss, dass alles, was zu Kriminalität führt, von der SVP begünstigt wird: Kinder, die zu Hause Gewalt erleben, werden später häufiger straffällig als Kinder, die zu Hause keine Gewalt erlebt haben – die SVP war im Nationalrat gegen das Züchtigungsverbot. Das Gewaltschutzgesetz (GSG, 351), das häusliche Gewalt verhindern soll, wurde von der SVP ebenfalls bekämpft. Bessere Bildung führt zu weniger Verbrechen – die SVP will Integrationskurse streichen und den Zugang zu Bildung gerade für Ausländerinnen und Ausländer erschweren. Ein tiefer sozialer Status führt zu mehr Gewalt – die SVP will Sozialhilfe strei-*

5 / 5

chen. Andreas Egli (FDP) sagte, um Staatsverträge abzuschliessen, sei es wichtig zu wissen, wie viele Leute einer bestimmten Nationalität straffällig geworden sind. Dafür gibt es die jährliche Kriminalitätsstatistik, Polizeimeldungen bringen hingegen nichts.

Martin Götzl (SVP): *Für die SVP ist die Einbürgerung eine Belohnung für eine erfolgreiche und abgeschlossene Integration. Für die SP hingegen ist die Einbürgerung ein Mittel, um Integration zu signalisieren. Mit den Worten «rassistisch» und «statistikfremd» hat sich die Grüne-Fraktion selber diskreditiert und sie hat viele Bürger und Medienschaffende beleidigt. Ich bin den Stadtpolizistinnen und -polizisten dankbar für ihre gute Arbeit. Wenn es aber um körperliche Angriffe auf Polizisten oder um sexuelle Straftaten, insbesondere gegen Frauen, geht, steht die Stadt Zürich überhaupt nicht gut da. Mit dem Postulat wollen wir Transparenz im Sinn des Öffentlichkeitsprinzips schaffen. Den Vorwurf einer Zweiklassengesellschaft weise ich zurück; bei der Nennung der Herkunft bis zehn Jahre nach der Einbürgerung handelt es sich um eine befristete Aktion.*

Das Postulat wird mit 17 gegen 100 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat